

Energiepolitischer Appell: Wirtschaftsbosse wechseln vom Tief- in den Halbschlaf! Was ihnen fehlt, ist die Glaubwürdigkeit!

Dieser Appell, das kann man jetzt schon sagen, wird die deutsche Wirtschaft nicht vorm grünen Selbstmord bewahren. Denn er bleibt von vornherein dem krankhaften grünen Weltbild verhaftet, wonach die drastische Senkung der CO₂-Emissionen durch den Umstieg von preisgünstigen „fossilen“ auf teure und unstete „erneuerbare“ Energien die Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen soll. Noch vor fast genau fünf Jahren, im August 2005, d.h. kurz vor der folgenreichen Wahl Angela Merkels zur Bundeskanzlerin, hatte Carsten Kreklau, damals Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI, erklärt, die deutsche Politik müsse zur Kenntnis nehmen, „dass absolute Emissionsminderungsverpflichtungen wie im Kioto-Protokoll international nicht durchsetzbar sind. Wenn wir in Deutschland mit höchstem Aufwand und immensen Kosten versuchen, den CO₂-Ausstoß weiter zu senken, bringt das für das weltweite Klima fast nichts.“ Der BDI war damals drauf und dran, sich von der "Klimapolitik" nach Kioto-Muster zu verabschieden. Das ist nachzulesen in meinem Buch „Öko-Nihilismus“ (2007). Doch nach Angela Merkels Wahl ließ sich der Industrieverband – offenbar getragen von der Hoffnung, die Atomwirtschaft zum zweiten Standbein des parasitären Öko-Industriekomplexes machen zu können – darauf ein, tatkräftig an der Ergrünung der Deutschland AG mitzuwirken, indem er seine Mitgliedsunternehmen ermutigte, massiv in unwirtschaftliche Wind- und Solarparks zu investieren, um von deren gesetzlich garantierten Stromeinspeisevergütungen zu Lasten der Verbraucher zu profitieren. Dabei wollten die Industrievertreter nicht wahrhaben, dass die Zerstörung der Industriegesellschaft logischer Bestandteil des grünen Weltbildes ist. Erst als Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) diese Konsequenz in einem Meinungsartikel offen aussprach, läuteten bei den stromintensiven Industrien die Alarmglocken. Doch die Industrievertreter weigern sich noch immer, die grüne Ideologie grundsätzlich in Frage zu stellen.

Im "Brandbrief" der 40 Top-Manager werden denn auch alle Argumente für eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken von der angeblichen Unausweichlichkeit einer "regenerativen Energiewende" abgeleitet. Die Politik Angela Merkels wird nicht in Frage gestellt, sondern ausdrücklich unterstützt. Die vier Strom-Oligopole, die sich den deutschen Strommarkt wie Jagdreviere aufteilen, verfügen bekanntlich ohnehin über kurze Drähte zum Kanzleramt. Das erlaubt es der rotzfrechen grünen Energie-„Expertin“ Claudia Kemfert vom Berliner Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), die Glaubwürdigkeit der Appell-Unterzeichner in Zweifel zu ziehen und ihnen vorzuwerfen, sie forderten aus Furcht vor dem Wettbewerb eine „rückwärtsgewandte Energiepolitik.“ Diese Interpretation hat in den Massenmedien eindeutig die Oberhand gewonnen. Der BDI und die Unterzeichner des "Energiepolitischen Appells" haben sich wohl einen Bärenienst geleistet.

Wären sie den Einsichten gefolgt, zu denen sie vor fünf Jahren nachweislich schon einmal gelangt waren, stünden sie heute sicher glaubwürdiger da.

Edgar Gärtner; EIKE; zuerst erschienen [bei eigentümlich frei](#) "ef"

lesen Sie dazu auch den [Kommentar von Herausgeber Thomas Schmid in der WAMS](#) vom 22.8.10

Mehr dazu im Internet:

[Energiepolitik: Wirtschaftsbosse wollen Merkel auf Kurs bringen](#)

[Brandbrief der Wirtschaftsbosse: Regierung unter Strom](#)

[Wirtschaft wirft Regierung Fehdehandschuh hin](#)

[40 Manager greifen Röttgens Politik an](#)